

Sächsischer Anzeiger

für Denzern

und Umgegend



Verlagspreis: Die Preispolemik 40 Hg., Reflektierte 40 Hg., Anzeigenpreise in der Geschäftsstelle dieses Blattes, September 10 bis Sonntag 9 Uhr. Die Anzeigen sind vollständig freigelegt und müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Verlagsdirektor: Dr. med. univ. Carl Schmidt, 270 Hg., von untern Ende des Parks gebauet 8.— 10.— mit einem Hofe, Poststraße 8, 15. Hg., Einzelnummer 10 Hg.

Druckerei: Die Preispolemik 40 Hg., Reflektierte 40 Hg., Anzeigenpreise in der Geschäftsstelle dieses Blattes, September 10 bis Sonntag 9 Uhr. Die Anzeigen sind vollständig freigelegt und müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Denzern.

№ 22.

Donnerstag, den 19. Februar 1920

59. Jahrgang

Reiseeinnahmen und Preise.

Ausführliche Reiseberichte, die zu den anerkanntesten Autoritäten auf handelspolitischen Gebieten gedruckt werden müssen, haben sich leicht dahin angeschlossen, daß die Preissteigerungen in den Tagesverhältnissen in absehbarer Zeit nicht zu denken ist, daß in zahlreichen Industrien und gewerblichen Branchen die Preise mit weiteren Steigerungen gerechnet werden müssen. Auf der zur Geltung kommenden neuen Steuern werden darüber die erheblichen bevorstehenden Lieferungen bei der Post und bei der Eisenbahn die nachfolgende Materialsteigerung als Gründe angegeben, die dafür die Anmerkungen werden müssen. Damit ist es aber noch nicht getan. Die angeführte Einführung von Zölleinfuhr für die wichtigsten Warengruppen für diese werden also nach der bisher gemachten Erfahrungen weitere Preissteigerungen zu erwarten sind und können zur Folge haben, die dann ebenfalls auf Warenproduktion und Warenhandel eingeleitet werden müssen. Die Steuereinnahme ohne Ende ist und bleibt also wieder in Zukunft so lange, wie nicht eine allgemeine Preissteigerung durchgesetzt werden kann, die unter den jetzigen Verhältnissen schon ein Wunder genannt werden muß.

Damit ist die nächste Zukunft ohne überflüssige Schärfermaterialien und ohne unnötige Beschränkung gekennzeichnet. Sie zu tun, was nötig ist, die Steigerung der gewerblichen wie der persönlichen Ausgaben, damit das bei diesen der Lebensfuß sich verringert und bei jenen der Kosten der notwendigen Lebenshaltung des gesamten Einkommens immer mehr bedrückt. Preissteigerungen und Steuererhöhungen werden in immer größerem Maße sich zueinander verhalten, denn es wird der ersten schon zu reichlich. Von Eingehenden kann abgesehen werden, der Einkommensteuern der Verchiebung von Einnahmen und Ausgaben nicht sein, daß es den Reichhaltigen immer schwerer wird, Geld für Zwecke auszugeben, die keinen sofortigen und sichtbaren Erfolg bringen, und das sind die vielen Steuern. Die Einkommensteuern sind aber heute nicht mehr die einzigen, die eine große Rolle spielen, werden können, und sie müssen sinken, wenn das Geld für Dinge gebraucht wird, die nach der Ansicht von Tausenden unentbehrlich sind, als das Steuerabgaben. Eine solche Auslassung ist politisch wichtig, aber sie ist menschlich erstreblich.

Es geht bei der heutigen Finanzlage des Reiches leider nicht mehr um die Aufgabe, sich beruhigen zu lassen, denn es scheint jetzt schon mehr als fraglich, ob die erhofften finanziellen Einnahmen sich einstellen werden. Die Ursache davon ist die Abwanderung des angelegten Vermögens in Frankreich, die in der Mode werden können, und die in das Steuerertragsvermögen einströmen, wohl gerade keine große Verunsicherung herbeiführen wird. Die strengen Steuerabgaben haben leider das Schicksal, sich über den Kopf und über die Beine zu legen. Es geht also in diese Richtung, wie kommen wieder dahin, wo wir waren, und auf diese Weise wird alles wieder, nur das Papiergeld billiger, aber dafür auch praktisch immer weniger zahlungsfähig. Es muß deshalb gesagt werden, daß eine Politik, die sich wesentlich auf die Duldung der Konsumtionssteuern beruht, keine Staatspolitik, sondern eine Unklugheit ist, denn sie führt zu keinem anderen Ergebnis. Wir werden das in der Zukunft, wir müssen heraus in anderer Weise. Geld allein tut nicht, denn es stellt sich der Käufer der Soldaten, der aus dem Kaiser erst Geld macht. Sollte es nicht möglich sein, das das Reich als solches keinen Kredit mehr hat, sich der deutsche Gesamtstand um Auslandskredit bemühen? Wir werden das in der Zukunft, wir müssen heraus in anderer Weise. Geld allein tut nicht, denn es stellt sich der Käufer der Soldaten, der aus dem Kaiser erst Geld macht. Sollte es nicht möglich sein, das das Reich als solches keinen Kredit mehr hat, sich der deutsche Gesamtstand um Auslandskredit bemühen?

Keine Auslieferung.

Recht ist der Entente, jedoch unter schweren Vorbehalten. Die Antwort der Entente über die Auslieferung wurde, noch bevor sie der deutschen Regierung überreicht wurde, auf dem Umwege über Belgien — die Ententeanten veröffentlichten die Note schon Montag — in Deutschland bekannt.

Der Inhalt der Auslieferungsnote.

Die Alliierten haben die Mitteilung der deutschen Regierung vom 25. Januar genau geprüft. Die Wünsche erheben daraus, daß Deutschland sich außer Stande erklärt, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche für Deutschland aus dem Vertrag von Versailles resultieren. Sie behalten sich das Recht vor, nach dem Geist und in der Form, die sie als zweckmäßig erachten, die Rechte, welche das Abkommen ihnen gibt, zu benutzen.

Die deutsche Regierung hat die Alliierten die von den Alliierten gemachten Erklärungen zur Kenntnis, nämlich, daß Deutschland bereit ist, ohne Abgrenzung der Reichsgrenzen die Rechte, welche das Abkommen ihnen gibt, zu benutzen.

Die Entente behält sich das Recht vor, die gute Treue Deutschlands nach Maßgabe der Bereitstellung der begangenen Verbrechen zu bewerten, so wie den Verträgen, das Deutschland trägt, die Bestrafung durchzuführen. Die Entente behält sich das Recht vor, die Rechte, welche das Abkommen ihnen gibt, zu benutzen.

Die Note bedeutet, das können auch der sofortigen, in dem sie gehalten ist, und die Drohungen, die sie zum Selbst enthält, nicht verdecken, einen vollständigen Willküranspruch zu einer, insbesondere aber Frankreich, das mehrere, besonders erhebliche Angelegenheiten hat machen müssen. Dies kennzeichnet sich schon recht deutlich darin, daß die Note, die in London fertiggestellt ist, von Lord George unterzeichnet ist und von Lord Kilmarnock, also dem englischen Gesandten, der Vertreter der Entente, überreicht wird.

Der Willküranspruch gegen die Auslieferungsforderung wurde in Entente-Kreisen, besonders von England und Italien ausgehend — Amerika war schon von Anfang an dagegen — immer stärker, selbst in Frankreich machte er sich schon deutlich bemerkbar, so daß die leitenden Minister zu einer letzten Durchsicht ihres Beschlusses keine zureichende Unterstützung im eigenen Lande gefunden hätten. Lord George meinte dies zuerst und stellte sich darauf ein. Dinge kommt, daß die Entente zum ersten Male seit dem Abschluß des Waffenstillstandes auf den ernstlichen, entschlossenen und einseitigen Widerstand des gesamten deutschen Volkes traf. Sie hätte also die Erfüllung des Beschlusses nur durch neue Gewaltmittel, entweder durch eine weitere Besetzung deutschen Gebiets oder durch eine erneute Blockade erreichen müssen. Dafür sind aber England und Amerika nicht mehr zu haben. Sie wollen jetzt wieder mit Deutschland Geschäfte machen. Sie wollen damit eine vollständige Besetzung Deutschlands verhindern. Frankreich würde in nun gerne das linke Rheingebiet ganz und für immer behalten, England will und kann ein zu mächtiges Erhalten seines lieben Bundesgenossen auf dem Festlande nicht dulden. So machte sich denn Lord George zum Bedroh der Bernunft gegenüber dem nachrichtlichen, verarmten französischen Gesamtlande. Er trat für den Bericht auf die Auslieferung und für Eingehen auf den deutschen Vorschlag ein. Frankreich blieb ein allein und mußte nachgeben. So ist denn diese Note zustande gekommen, die auf den von der deutschen Regierung gemachten Vorschlag vollkommen eingeht.

Einziges Torment und wollte man das Nachgeben nicht eingestehen. Darum wird auch die Drohung hinzugefügt: Aufgegeben ist nicht aufgehoben. Formell wird nur vorläufig auf die Auslieferung verzichtet, wenn Deutschland sich der ihm gültig gewährten hohen Strafe nicht würdig erweisen sollte, d. h. sämtliche Schulden festsetzen sollte, die selbst man sich aus dem Reich vor. Doch eher zu weit sein wird, wird noch viel Wasser ins Meer fließen. Wenn die Auslieferungsforderung schon jetzt, einen Monat nach Inkrafttreten des Versailler Friedens, nicht mehr die ausreichende Unterbringung finden konnte, wieviel weniger wird sie es später finden.

Der Standpunkt der Regierung.

Das Amtlich wird zu der Note mitgeteilt: Die Antwortnote auf das Schreiben der deutschen Regierung vom 25. Januar, wonach die Entente auf die Auslieferung vor einem internationalen Gericht verzichtet, ist inmitten in Berlin eingetroffen und Mittwoch vormittag durch den englischen Gesandten Lord Kilmarnock dem Minister des Auswärtigen übergeben worden. Nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa wird diesen Akt mit großem Interesse begrüßen als einzigen Weg, der zur Beilegung führt. Freilich bedeutet die Stellung der Alliierten nach der Note noch keinen vollkommenen Verzicht, sondern die letzte Entscheidung wird nur herausgehoben, bis das deutsche Gerichtsverfahren zum Abschluß gekommen ist. Hiermit soll noch einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß Deutschland nie darangekommen hat, die wirklichen Kriegsverbrechen ihren Richten zu entziehen. Der Reichsjustizminister hat dem Oberreichsanwalt sofort nach Eintreffen der Note der angebotenen Freischuldigen beauftragt, sofort ein Verfahren einzuleiten, dem als Grundlag das von der Rationalsammelkommission angenommene Gesetz vom 18. Dezember 1919 betreffend die Verfolgung Kriegsschuldiger dienen wird. In Betreff der Verleumdung deutscher Richter beweisen, wie hoch Recht und Gerechtigkeit in Deutschland geachtet werden. Nicht hätten freilich gewünscht, daß die Entente ihre Vertreter geschickt hätte, die jederzeit Gelegenheit gehabt hätten, in das Verfahren einzugreifen, wenn es ihnen nötig erschien. Die Entente hat uns aber die volle Verantwortung zugegeben und eine Teilnahme an dem Strafverfahren abgelehnt. Wir sind bereit, diese Verantwortung zu tragen, die uns befehlen, die Schmierflecken von uns zu wischen, die sich im weiteren Verlauf der Dinge in den Weg stellen könnten.

Eine neue Kaiserin?

Einmal, in der Zeit der Auslieferungsnote. Die neuerlich an Holland gerichtete Note über die Auslieferung Wilhelms II. ist jetzt veröffentlicht worden. Die Entente gibt in sehr vorsichtiger Form zu, daß sie rein rechtlich die Auslieferung von Holland nicht verlangen könne. Man sieht die Sache daher von der moralischen Seite her zu haben, indem man die alten Wurzeln von dem niederländischen Kaiser Wilhelm von Holland, der ganz allein den Krieg veranlaßt habe und somit mehr als 10 Millionen Menschenleben auf dem Gewissen habe, usw., wieder aufnimmt und dann zu dem Schluß kommt, daß es ganz unverständlich sei, wie Holland einen solchen Verbrecher Schutz gewähren könne. Die Note schließt dann:

An der Note heißt es dann: Von dem Gesichtspunkt und nicht ausschließlich vom nationalen Standpunkt aus haben die Mächte die königliche Regierung gebeten, ihren Wilhelm von Holland auszuliefern, und erneuern sie jetzt ihr Gesuch.

Es wird dann darauf aufmerksam gemacht, daß die ständige Anwesenheit des Kaisers so nahe der deutschen Grenze ohne wirksame Kontrolle eine Bedrohung der ganzen Menschheit darstelle. Die Note schließt dann:

Die Mächte können den heftigen Eindruck nicht übersehen, welcher die Ablehnung der holländischen Regierung, den Kaiser auszuliefern, auf sie gemacht hat, besonders weil Holland mit seinem Wort gewisse Verpflichtungen erwidert hat, sei es, daß diese an Ort und Stelle getroffen werden oder sei es, daß der Kaiser in weiter Entfernung von der Szene seiner Betrüger gehalten und es ihm somit unmöglich gemacht wird, einen fatalen Einfluß auf Deutschland auszuüben. Obwohl ein Vorschlag diesen Charakters nicht vollkommen mit dem Gefühl der Mächte gedeckt hätte, würde dies dennoch der Zweck der Gefühle erbracht haben, welche Holland zweifellos auch hegen muß. Die Mächte werden daher die holländische Regierung freilich und nachdrücklich auf das Interesse hin, welches sie einer neuen Erziehung der ihr unterbreiteten Fragen beizumessen. Sie verlangen, daß es deutlich verstanden werde, daß eine erste Lage für Holland daraus entstehen könnte, wenn die holländische Regierung nicht die Garantien bietet, welche Europas Sicherheit erfordern.

Es wird also in der Note in einem ziemlich drohenden Ton zunächst die Auslieferungsforderung aufrecht erhalten, die sich aber am Schluß durchdringt, daß man sich eventuell mit einer Deportation des Kaisers nach einer ferneren holländischen Kontrolle, vielleicht auch mit einer Internierung in Holland selbst zufriedengeben würde. Der Verhandlungsweg ist auf jeden Fall offen gelassen.

Zur Lage.

• Nur eine Ausnahme soll das von England angelegte Entgegenkommen der Entente in der Auslieferungsgeschichte bilden, das wohl auch im weitestlichen nicht auf politische Rücksichtnahme, sondern auf die Stimmung in den hohen britischen Offizierskreisen zurückzuführen ist, die genau wissen, wie es im Kriege wirklich zuging. Daß es sich nur um eine Ausnahme von den Bedingungen des Friedensvertrages handeln soll, die Deutschland keine besonderen Rechte für die Zukunft gibt, daß auch der sehr gemäßigte Lord Curzon im englischen Oberhaus hervorheben. Diese nachdrückliche Betonung, daß Deutschland im übrigen den Vertrag zu revidieren habe, bezieht sich auf die Forderung in erster Reihe, die auch in London mitteilbar empfunden wird, selbst dort, die die Amerikaner am Zahlung der rückständigen Zinsen gemahnt haben. Da die letzte Änderung in Paris sehr verschärft hat, wird man in London und in Rom auch ein überiges tun, die Einhaltung zu erzwingen.

• Die Verhandlungen über die neue Forderung der Entente wegen Auslieferung weiterer deutscher Handelschiffe als Ersatz für die von unseren U-Booten während des Krieges versenkten fremden Fahrzeuge sind deshalb von so großer Wichtigkeit, weil wir im Interesse unserer Lebensmittelmittel darauf halten müssen, daß wir möglichst viel eigene Schiffe in unserem Besitz bewahren. Von der Auslieferung des ganzen Restes der deutschen Handelschiffe kann keine Rede sein, denn damit wären wir auf Gnade und Ungnade der fremden Spekulation überlassen, die zudem gar keine Garantie dafür bietet, daß sie alle Jährigen bedürftigen sein. Wir würden also auch im schlimmsten Fall das höchste Maß an Schaden erleiden. Eine Sicherung der Lebensmittel gibt es aber auch keine rechtliche Arbeit und ohne Arbeit keine Erfüllung der Kriegsoberpflichtungen.

• Beginn der Tätigkeit der Saar-Kommission am 1. März. Wie verlautet, wird die Saar-Kommission ihre Tätigkeit am 1. März aufnehmen. In diesem Tage wird die Verwaltung des Saarlandes von General Wirbel der Kommission übergeben werden. Der General befehlt vorläufig nur den Oberbefehl über die Befehlsgewalt, während alle Verordnungen vom 1. März an von dem französischen Staatsrat Ratouit geschickt werden.

Kleine politische Nachrichten.

• Berlin. Der Bund der Landwirte hält seit Dienstag seine 27. Jahresversammlung in Berlin ab.

• Berlin. Das Reichsfinanzministerium hat das Beschlagnahmeamt am 1. April aufgelöst.

Arbeitslosigkeit bei der Eisenbahn.

In den Betriebsverhältnissen der Berliner Eisenbahnbetriebsämter hat in den ersten 14 Tagen die Wiedereinführung der Arbeitskräfte eine fast 50prozentige Steigerung der Besetzung gebracht. Infolgedessen ist nach einer Berliner Meldung die obliquatorische Einführung der Arbeitskräfte in sämtlichen Betriebsverhältnissen für den 1. April beschlossen worden.

Volksleben und Wirtschaft.

— Herzog Wilhelm von Württemberg. Aus dem neuesten Hofjahr Jahrbuch über die heutigen Verhältnisse regierender Familien in Europa ergibt sich, daß die früheren deutschen Regenten aus nach der Revolution ihre Einkünfte verloren haben. Nur auf eine Ausnahme: Der König Wilhelm von Württemberg nennt sich nur noch Herzog von Württemberg. Die katholische Linie des württembergischen Herrscherhauses führte bereits den Herzogstitel. Was nicht die Revolution gekommen, so war die Herzogtümerlosigkeit, da der letzte König Wilhelm keine Söhne besitzt.

• Winterkälte. In den Schneesüden, die jetzt den Frühling einläuten, haben sich als weniger wirksame Winterkälte in einer ganzen Reihe von Städten abermalige Steuerzuschläge gestellt, und zwar nicht selten von hundert Prozent für das ganze mit dem 31. März 1920 ablaufende Steuerjahr. Das sind sehr unerfreuliche Ausgaben, die abermals einvernehmlich im Reich steigt. Zu umgehen waren diese erneuten Lasten nicht, da sich in den betreffenden Städten ein Defizit herausgestellt hatte, das gedeckt werden mußte und nicht anders zu beseitigen war.

• Die Kleingeldprägung im Januar. Die Prägungen im Januar waren auf dieselben drei Münzsorten beschränkt wie in den vorangegangenen Monaten. Von Aluminium-50-Pf.-Stücken wurden im Januar rund 6,7 Millionen Stück für 330.870 Mt. hergestellt (gegen durchschnittlich 24 Millionen Mark in den beiden Vormonaten). Es wurden ferner geprägt für 1.754.768 Mt. 10-Pf.-Stücke, rund 300.000 Mt. mehr als im Dezember, und für 1.010.856,25 Mt. eiserne Pfennigstücke (gegen 650.000 im Durchschnitt der beiden Vormonate). Aus Nickellegierungen sind nunmehr zur Ausprägung gelangt rund 111.000 Mt. Mark, davon 67 Mt. Mark Eisenmünzen, 44 Mt. Mark Zinkmünzen. Die Gesamtprägung des Ende Januar 1920 nach Abzug der wieder eingesetzten Stücke betragen an Goldmünzen 5.155.840.320 Mt., an Eisenmünzen 1.081.329.647 Mt., an Nickelmünzen 100.311.281,50 Mt., an Eisenmünzen 68.629.500 Mt. und Zinkmünzen 44.242.104,50 Mt., an Kupfermünzen 25.102.712,76 Mt., an Aluminiummünzen 9.105.153,61 Mt. So viel neue Kleintmünzen — und das Wichtigste an Kleingeld. Wo bleibt das Kleingeld?

• Verkauf amerikanischer Eisenerze. In Hamburg ist am Montag der japanische Dampfer „Hochfuji Maru“ mit 8200 T. amerikanischer Eisenerze angekommen. Die Ladung ist teils für Hamburg, teils für Berlin bestimmt.

• Die neue Tabaksteuer. Wie die „Tabakwirtschaftliche Rundschau“ hört, haben am Donnerstag im Reichswirtschaftsministerium Beratungen über das Inkrafttreten des neuen Tabakerzeugnisses stattgefunden, besonders über die Ermäßigung der Verbrauchssteuer bei festlichem Tabak. Die Zigaretten- und Zigarettenindustrie verlangt eine Ermäßigung der Steuer um 30 Prozent als Ausgleich für den Goldloosausfall. Die Regierung lehnte das rundweg ab und erklärte, höchstens eine Ermäßigung um 40 Prozent in den drei obersten Steuerklassen, im übrigen nur um 20 Prozent anzusetzen zu wollen. Man müßte die steuerliche Belastung der Zigarette in das richtige Verhältnis zu der der Raarre bringen. Das sei aber schon durch

das Steuererzeugnis an sich gegeben. Die letzte unterschiedliche Behandlung werde, so meinen die Interessenten, dazu führen, daß die Zigarettenindustrie ihrer Betriebe schließen müsse.

• Verabschiedung an die Entente auf Grund des Friedensvertrages. Mit der Inkraftsetzung von Frieden an die Entente auf Grund des Friedensvertrages wird in den nächsten Wochen begonnen. Alle Weisungen von 4 Jährigen und älteren Stuten, die für die Abfertigung im Verkehr notwendig werden, sind aufzunehmen gemacht, daß für nicht gedeckelte Stuten und für solche Stuten, deren Trächtigkeit nicht erkennbar ist und für die ein Deckstein nicht beigebracht wird, nur ein bedeutend geringerer Preis bezahlt werden kann, als für solche Stuten, die sichtbar tragend sind, oder für die ein einwandfreier Deckstein vorgelegt wird. Alle Züchter werden in ihrem eigenen Interesse darauf besonders aufmerksam gemacht und ermahnt, wenn irgend möglich, den erforderlichen Deckstein zu erbringen und der Abnahmekommission zu übergeben.

• Die Verdoppelung der Fahrpreise. Von der Verdoppelung der Fahrpreise der Eisenbahnen wird behauptet, sie bedürfe der Genehmigung der Landesparlamentarier. Dies ist aber nicht der Fall. Die Landesparlamentarier kann die Genehmigung ohne Zustimmung der Landesversammlung erteilen. Lediglich die Festsetzung der Preisen ist die Zustimmung der Landesversammlung notwendig. Dann liegt man vorgesetzt, von 1. März an wäre für eine Fahrt die Zahlung von zwei Fahrkarten notwendig. Auch dies trifft nicht zu. Es fehlt der Genehmigung der Landesversammlung dazu an dem nötigen Material, das einmündig ist, das die Menge an Kapital zur Beschaffung neuer Aktien. Das wird vor wird man zu einer Karie lösen. Sie wird auch nicht umgekehrt, so daß sie mit dem alten Preis ausgegeben, aber doppelt zu bezahlen ist. Hier liegen gewisse finanzielle Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, aber nicht unüberwindlich sind. Die Verdoppelung wird übrigens nicht nur auf die Fahrpreise, sondern auch auf die Gepäck- und die Beförderung für Gepäck angewandt.

• Entscheidung für verloren gegangene Wäskete. Im Reichspostministerium wird ein Gesuch um Feststellung der Erhöhung der Einkommenssteuern beim Verlust oder bei Beschädigung gewöhnlicher Wäskete, die einmündig ist, ohne Zustimmung der Landesversammlung, über die Einzelheiten der Entschädigung finden gegenwärtig mit dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen statt.

Vermehrung der Kohlenförderung.

Reichsfinanzminister Bauer im Auftragsbericht. Reichsfinanzminister Bauer, der um Maßnahmen zur Gehung der Kohlenförderung zu treffen, in das Ruhrgebiet gereist ist, hatte am Montag eine sehr eingehende Besprechung mit den Vertretern der Behörden und der Arbeitgeber sowie den Arbeitnehmern des Bergbaus und der Eisenindustrie. Reichsfinanzminister Bauer sagte in einmündiger Weise dar, daß die Kohlenförderung das einzige Mittel sei, das das Volk aus Armut und Elend zu retten. Es müsse die oberste Aufgabe der Regierung sein, daß die Kohlenförderung wieder erreicht werde. Das lasse sich nicht anders erreichen, als indem länger als sieben Stunden den Arbeitern arbeite. Der einmündigende Arbeiter sei ein Mittel, das es gelte, die jährliche Kohlenförderung um 40 bis 50 Millionen Tonnen zu steigern.

Nach dem Reichsfinanzminister legte Herr Stinnes dar, daß die Mehrförderung von 30 Millionen Tonnen Kohle eine lästliche Arbeit von 1 1/2 Stunden bedeutende. Diese müßten sich an den zentralen Schichtarbeiter übertragen. Die Bergbauverwaltung müsse die Förderung von Kohle und teuren Schiffbau frei für die Förderung von Getreide und anderen Lebensmitteln. Die Frage der Lebenskosten sei aber gleichzeitig eine Frage der Ernährung. Die sofort in die Wege geleitet werden müsse. Kohle müßte auch die Transportarbeiter der Eisenbahn, die Arbeiter der Maschinenbauindustrie, die empfindlichen Arbeiter in der Bergbauindustrie und die Arbeiter der Eisenindustrie. Die Arbeiter der Eisenindustrie sollten nicht mit 25 Prozent, sondern mit 100 Prozent Zulage auf die bisherigen Löhne bezahlt werden. In der Brotverforgung seien die Arbeiter der Eisenindustrie gleich zu stellen.

Die Vertreter der Eisenindustrie zogen sich und suchten man fordere vor allem bessere Ernährung für den Bergbau und erklärten, daß die Durchführung der erforderlichen Lebenskosten gegenwärtig eine zu große Belastungsprobe für die Organisationen darstelle. Gegenüber dem Einwand, daß die anderen Bergarbeiter die Arbeitszeit verlängern sollten, entgegenzusetzen müsse, weil er gegenwärtig die wichtige Industrie sei. Es handle sich hier um keine Arbeiter- oder Arbeitnehmerfrage, sondern um eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Mit Nachdruck unterstrich diesen Gedanken der Reichsfinanzminister. Bei der weiteren Erörterung wurde das Wort und Wider eingehend hervorgehoben, daß die Kohlenförderung über die Frage der Lebenskosten für Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen.

Reichsfinanzminister Bauer ließ im Schlußwort keinen Zweifel darüber, daß die Regierung die Frage der Mehrarbeit zu regeln gezwungen sei, wenn es zu keiner Verständigung komme.

Prozeß Erzberger — Kesseler.

Berlin, den 17. Februar 1920.

Die Strafsachen III. 100.000.000 n. n.

Es handelt sich heute um den Fall der Firma Wolf, der schon gestern nachmittag in gleicher Sitzung verhandelt wurde. Der Vorsitz hat Herr Dr. über die Frage der Lebenskosten für Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen. Reichsfinanzminister Bauer ließ im Schlußwort keinen Zweifel darüber, daß die Regierung die Frage der Mehrarbeit zu regeln gezwungen sei, wenn es zu keiner Verständigung komme.

hängen. Diese seine so einflussreiche und einmündigende Doppelstellung bedanke Herr Strauß über Herrn Erzberger. Die Firma Wolf hat sich aus ihren geschäftlichen Transaktionen zu schließen, nicht nur geringen die Arbeit zu haben, ihre Kriegsgewinne zu verlieren. Sie scheint sich auch in dieser Beziehung der wohlwollenden Protektion Erzbergers zu erfreuen, der ihre die Kriegsgewinne gestanden zu haben scheint.

Erzberger erklärt hierzu unter solchen Umständen auf Erzberger, daß er von der geschäftlichen Transaktionen der Firma Wolf keine Abnung habe. Der Vorsitz erwidert darauf, es gibt wieder einen kleinen Zusammenstoß. Der Vorsitzende schließt die Verhandlung und betont, daß das Geschäft die Wohlheit stellen werde.

Erzberger erklärt nochmals unter Eid, daß es von den geschäftlichen Transaktionen der Firma Wolf keine Abnung habe. Eine Untersuchung habe er der Firma auch nicht gewünscht. Dieser Fall sei noch gar nicht oorgelommen. Auch auf die Erneuerung des Geheimrats Strauß habe er keinen Einfluß gehabt.

Seine Geheimrat Strauß beantwortet alle Fragen, ob er in geschäftlichen Beziehungen zu Erzberger gelanden habe, oder durch ihn Informationen über sonstige Vorteile gehabt habe, mit Nein. Seine Erinnerung habe er keinesfalls Herrn Erzberger zu verdanken. Er habe nie empfunden, daß seine Doppelstellung zu Konflikten führen könne. Er sei auch nie für die Firma Wolf tätig gewesen, das sei eine Verleumdung.

Auch der Zeuge Otto Wolf bekräftigt seine finanzielle Beziehung, welcher Art sie auch immer sei, zu Erzberger.

Nach der Vernehmung Wolfs tritt eine Verhandlungspause ein.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchter, den 18. Februar 1920.

• Der preuß. Verfassungsausschuß zur 14. Frage. Dem Verfassungsausschuß der Preuß. Landesversammlung Ende Januar eine Reihe von Eingaben aus dem von Großhändler gebetenen Gebiet vor (A. B. und C. und D. Schmalkalden, Schleusingen, Jena), die sich gegen Trennung von Preußen und Einmischung in Thüringen wenden. Der Ausschuss hat auf seinen Antrag die preussische Landesversammlung über die Eingaben der Regierung zur Berücksichtigung und mit dem Ergebnis, Anträge auf Abtrennung preussischer Gebiete zur Schaffung größerer Staatsgebilde abzulehnen. Die große Anzahl der Eingaben beweist, daß die preuss. Bevölkerung unter keinen Umständen von Preußen lassen will, unter dessen Verwaltung sie an dem Aufschwung Preußens so hervorragenden Anteil genommen hat. Der Beschluß der Landesversammlung ist zu begreifen, er wird Eindruck auf die Regierung zu machen nicht verfehlen, darf uns Preußen aber keineswegs einschließen, wir müssen nach wie vor nachahm bleiben. Es sei in der Erinnerung zurückzuführen, daß es einer der ersten Beschlüsse (am 9. 12. 19) des Thüringer Volksrates war, eine Kommission zu ernennen, die über die Abtrennung preussischer Gebiete an das geplante Thüringertum eingehen. Dieser Antrag war ferner dem Volksrat ein von Vertretern aller Parteien unterschiedlicher Antrag zu, wonach der Staatsrat ersucht werden soll, bei der Reichsregierung dahin mit aller Energie zu wirken, daß nur einmündigende Reichsbehörden für die Thür. Staaten, wie das Hochstift, die Thür. Diktoria für Elektrizitätswirtschaft u. d. gl., auch in den der Thür. Gemein角度gebenen Staaten ihren Sitz haben. Das es als ausgeföhrt gelten kann, daß Reichsbehörden allein für ein so kleines Gebiet, wie es die Thür. Gemein角度unanst, eingerichtet werden, befehlt die Gefahr, daß zur Erweiterung und Umwandlung hierzu die anliegenden oder eingeschlossenen preuss. Landesteile geschlossen werden, was es den preuss. Gläubigern für das Thür. Landesschatzamt in Kaufsfall bereits gegeben soll. Für und Preußen kann es daher nach wie vor nur heißen: Immer auf dem Boden und jeden Versuch, uns an Thüringen oder auch nur an eine Thür. Behörde anzuschließen, zurückweisen.

— Es sei auch an dieser Stelle nochmals auf den Familienbesitz hingewiesen, der am Donnerstag abends 1/8 im Saale des „Bären“ abgegeben wird. Herr Seminarlehrer Lehmann-Kalshof in seinem Vortrag „Art und Geist unserer künftigen Schulen“ vor allem die Verträge ewigwährender Schulen im Vergleich zu den anderen Schularten hervorheben. Ein der ihm hundert Ninkersch, sowie einige Slangsvorträge geschäftliche Kräfte werden dem Abend einen solchen Rahmen geben. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, jedoch wird ein freiwillige Gebot zur Deckung der Unkosten gegeben.

— Ueber die kommende Vermögensabgabe findet am 20. Febr. abends 1/8 Uhr im Lokale von Barthold ein öffentlicher Vortrag für Gollwitzer, Handwerker und Landwirte statt. Von bekannter Steuerfachmann, Herr Strauß, in das wichtige neue Gesetz ein. Er unterrichtet dabei über die Bedeutung der Grundbesitz, Gebäude, des Betriebsvermögens u. m. Auch gibt er sehr wertvolle Hinweise über gewisse Steuer- und sonstige Verhältnisse. Der Vortrag ist morgen zeitig, denn der Schluß für die Aufführung der Vermögenswerte wurde inzwischen auf den 31. Dezember 1919 verlegt. Auch dürfen die Formulare zum neuen Vermögensverzeichnis schon in den nächsten Wochen eintreffen.

• Warnung vor ausländischen Gold- und Silberfälschern. Goldschmiedemeister P. Helm in Weiskirchen schreibt: Ausländische Schieber verkaufen öfters, bessere Waren, edel Silber- und Goldschmelze, aufzutreiben. Sie fragen nach Kofsch, Ei der Blatin und Billanten. Es geht um Gerabach, daß diese Perschichten auch unsere Waren auslaufen. Ich warne alle Kollegen und Ubrmacher vor diesem Treiben und bitte sie, ihnen nicht zu verkaufen oder einen solchen Preis zu fordern, daß ihnen Hören und Erben vergeht. Was erweist die Leute an ihrem eigenen Aussehen und fremdem Dialekt. Also Vorzicht!

• Weiskirchen, 16. Febr. In Weiskirchen statt vorige Woche die Landmännin Schöder an der Grippe. Dann erkant-

den noch der Vater und die 19jährige Tochter und starben am Sonntag den 2. Sonntag. Die beiden letzteren wurden am Dienstag zusammen beerdigt.

Hannburg. (Ein Waggon Getreide beschlagnahmt) Am Sonntagabend wurde am Hauptbahnhof hier ein ganzer Waggon mit über 100 Zentner Getreide durch die hiesige Polizei beschlagnahmt. Die Sendung war unter falscher Flagge von Dornberg bei Langen abgegangen. Es sollten angeblich Weizen und Weizenmehl sein. Der Waggon enthielt aber zum größten Teil Hafer. Umgrößer 80 Zentner Hafer, der dort seitens des Kreisamtes schon seit längerer Zeit beschlagnahmt ist und der Aufnahmevermerkung bedarf, wurden vorgefunden. Der Hafer wird nunmehr Sitwa Sowjet übergeben und von hier aus weiter verladen werden.

Hamburg, 16. Febr. Der Viehmarkt am letzten Sonntag zeigte einen guten Antrieb und anfangs auch rege Nachfrage. Im Verlauf des Marktes ging der Preis für ein Paar Schweine bis auf 450 Mark in die Höhe. Mit dem Schweinefleisch war ein gutbelegter Befehlsgel- und Taubenmarkt verbunden. Hohe Preise waren auch hier an der Tagesordnung.

Hilfen, 16. Febr. Die Arbeiter, Zimmerleute und Bauarbeiter haben Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen, die sie am vergangenen Sonntagabend niedergelegt hatten. In einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag werden fortgesetzt.

Hilfen, 16. Febr. Sonnabend wurde die Arbeit in der Eisenbahnverkehre wieder aufgenommen. Wieviel Arbeiter ausgeschickelt sind und die Gründe, welche für die Ausschickelung maßgebend sind, sind noch nicht genau bekannt.

Stahlfabrik, 16. Febr. Die Preisnot der gegenwärtigen Zeit kommt in der Stahlfabrik unserer kommunalen Schlachthöfe zum Ausdruck. Das Schlachtfest Schlachthaus 3, B, hat im Jahre 1914 an Schweinen 6892, an Hunden keine Schlachtungen in verzeichnen. Im Jahre 1919 dagegen wurden daselbst 535 Hunde- und 50 Schweine-Schlachtungen ausgeführt.

Stendal, 16. Febr. Der Verkauf für die Zucht des schwarzbunten Landhundes bei Provinz Sachsen fiel hier in der südlichen Viehstraße die 73. Zuschauervereinigung aus. Die Ertragsleistung war sehr gut, der Verkauf — ungefähr 600 Besucher — ebenfalls. Wertvolles Zuchtmaterial wurde bis zu 21 000 Mark feilgekauft. Die meisten Tiere erzielten einen Preis von 3000 bis 9000 Mark.

Stendal, 16. Febr. (Arbeiterentlassungen in der Eisenbahnverkehre) Wegen Verringerung der Arbeitsleistung in der hiesigen Eisenbahnverkehre wurden 132 Arbeiter vom Vorstand entlassen. Es handelt sich jedoch in diesem Falle nicht um eine Maßregelung, sondern allein um eine rentable Beschäftigung des Werkes. Die hiesige Hauptwerkstätte hat, nach Besichtigungen, mit an erster Stelle der leistungsfähigsten Werkstätten. Den entlassenen Arbeitern wurde der Lohn für 14 Tage weiterbezahlt.

Waldau, 16. Febr. Der Landrat macht bekannt: Die Schule sollte bei dem nächsten Woche an keine Kartoffeln mehr. Die Provinzialfarmstelle hat daher angeordnet, daß der Kreis Sachsentage sofort alle abfertigungsfähigen Kartoffeln nach Halle abfährt. Sie fordert daher alle Verfertigungsfähigen auf, ihre abfertigungsfähigen Kartoffeln den zuständigen Amtmännern zur sofortigen Abnahme anzubieten, da otherwise Entschädigung unvermeidbar ist.

Frankenhausen, 16. Febr. Eine widerwärtige Erscheinung bildet in letzter Zeit das Fehlen der eisernen Hofstempel auf den Bürgersteigen einiger Straßen unserer Stadt, wodurch für den Verkehr eine gewisse Gefahr besteht. Können die offenen Gassen schon am Tage dem Publikum verhängnisvoll werden, so ist es des Nachts bei den unbedeutenden Straßen noch in erhöhtem Maße der Fall. Wie die Polizei hinstellen konnte, sind die Stempel offenbar gestohlen und den Holzproduktengütern zum Kauf angeboten worden. Einige der Stempel wurden bereits bei einem hiesigen Händler vorgefunden.

Grüdenhain, 16. Febr. Eine wahre Goldgrube ist jetzt auf unserer Höhe ein Größelbruch. Wänder Weiser eines solchen von gar nicht allzu großer Ausdehnung hat die beste Aussicht, bald ein reicher Mann zu werden. Sind doch infolge der Papiernot die Schiefersteine für unsere Schule unentbehrlich geworden und haben dadurch Preise von fabelhafter Höhe angenommen. Sorten, die von dem Kreise, als die Größelsteine sind, vollständig darniederlegt, höchstens auf 1,80 Mk. das Tausend bezahlt wurden, kosten jetzt über 40 Mk. das Tausend. Tagesverdienste früher Arbeiter von 1,80 Mk. und mehr sind durchaus keine Seltenheit.

Kranich, 16. Febr. Blüthen der Zwangserziehung! Ein hiesiger Landwirt erhält den seinen beiden Söhnen je ein Äckchen. Nach Vorrichtung liefert er eines der Tiere an den Kommunalverband ab. Das zweite Kalb wurde vor der Ablieferung krank. Der Kommunalverband ordnete an, er solle das Tier schlachten. Für das gesunde Kalb erhielt er 180 Mk. und für das notschlächtere Tier bekam er für die Haut allein 240 Mk. und das Fleisch blieb ihm mit einem 90 Mk. Mehrerlös aus der Haut noch nach. Ein ängstlicher Vollzeiger neigte sich ihm neben Weidenbrunn, wo ein Landwirt von einem togtobehorenen Kalbe für die Haut mehr bekommen hatte, als er für das an den Kommunalverband abgelieferte lebende Kalb erhalten hatte.

Heiligenstadt, 16. Febr. (Sind alle Gefangenen aus England zu tun.) Der Gefangene Herbert Constable aus Winerode, der von Europa Jlaw zurückgekehrt ist, verfährt, daß sich in Rast Hall noch 11 deutsche Flieger, drei Offiziere und acht Mann, befinden. Das britische Kriegsministerium hat jedoch erklärt, daß keine Gefangenen mehr in England festgehalten würden.

Bemischtes.

Ladende Erben?

Was von einer 20-Millionen-Erbchaft übrig bleibt.

Folgender, der Wirklichkeit entsprechende Fall wird uns mitgeteilt: In den ersten Tagen dieses Jahres starb ein herbortragender Großindustrieller mit Hinterlassung eines Betrags von 20 Millionen Mark, welches an seine Erben, drei großjährige Kinder, fällt. Da er in den Jahren

1914 bis 1. Juli 1915 davon 5 Millionen zuerworben hatte, so gingen von der Erbschaft wieweg an Krienssteuer für 1919 ab: 4 393 000 Mk., so daß nur 15 667 000 Mk. verblieben — eine an und für sich auch noch schöne Summe. Aber die Schmelze folgte bald im Gefalt des am 31. Dezember 1919 fällig gewordenen Reichsnotopfers, welches sich nach § 24 des Tariffs auf 11 834 500 Mk. beläuft und den Nachschuß fernerhin belastet. Es bleiben demnach noch 3 832 450 Mk. als Erbschaft, gemindert zunächst durch die Nachschußsteuer von 154 022 Mk., so daß der reine, auf die drei Erben entfallende Nachschuß 3 677 828 Mk. oder für jeden von ihnen die Erbchaftsteuer mit 1226 000 Mk. ab und, da die Erben auch eigenes Vermögen besitzen, nach § 28 des Erbsch.-Et.-G. noch weitere 100 pCt. gleich 231 060 Mk., so daß sich der Vermögenszuwachs eines jeden auf 767 156 Mk. reduziert. Durch diesen Zuwachs erhöht sich weiterhin schon im ersten Fünfteljahr die Einkommensteuer nach dem bereits zur Veranlagung stehenden K.-Eink.-Steuergehalt § 20 um ungefähr 50 Prozent des Einkommens hieron, was der Abtragung halber auf ungefähr 17 156 Mk. angesetzt werden soll, so daß jedem Erben zunächst etwa 750 000 Mk. verbleiben werden. Hieron dürften etwa halb die noch bevorstehende Nachsterbsteuer, ferner entweder die Sparteiler (3—10 pCt.) oder die Aufnahmesteuer (3—30 pCt.) abfallen, so daß auch dieser Nettobetrag noch eine entsprechende Verringerung erleiden wird.

Hannover, 16. Februar. (Schwarze Roden.) Die schwarzen Roden-Erkrankungen in der Provinz Hannover nehmen zu. In der Stadt sind allerdings bisher nur zwei Erkrankungsfälle vorgekommen. Doggen sind 3, B. im Landkreise Alfeld 3 Todesfälle bei 28 Erkrankten eingetreten. Es sind auch in den übrigen Regierungsbezirken der Provinz Erkrankungen gemeldet. Es sind seitens der Behörden strenge Abwehrmaßnahmen getroffen und hofft man, die gefährliche Krankheit auf ihren Herd beschränken zu können. Die Roden sollen durch weisliche Arbeiter eingeschleppt sein.

Derzog Johann Albrecht zu Mecklenburg. Derzog Johann Albrecht zu Mecklenburg ist Montag nachmittags 4 1/2 Uhr auf Schloss Wismar sanft entschlafen. Derzog Johann Albrecht war in seinen Jahren ein durch seine tätige Teilnahme an allen vaterländischen und insbesondere kolonialpolitischen Fragen, Er ist auch in Gelegenheitsarbeiten als Archivar und als langjähriger Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft bekannt geworden. Von 1897—1901 hat er an der Spitze seines Stammes Mecklenburg-Schwerin als Mitglied für seinen mitvererblichen Weifen gestanden, von 1907—1913 war er Mitglied des Herzogtums Braunschweig. Er war am 8. Dezember 1857 geboren, hat also ein Alter von nicht ganz 63 Jahren erreicht.

Der Prozeß gegen v. Hirschfeld. Gegen den Privatführer, Häufigkeit, A. v. Hirschfeld, der seit dem Tode des Attentats auf den Reichsfinanzminister Erzberger am 23. Januar in Untersuchungshaft sitzt, ist, wie demnach durch die Verhandlung am Sonntag, 21. ds. Mts., vor dem Reichsgericht des Landgerichts Berlin I anberaumt worden. Die Anklage lautet auf verübten Mord. Während bisher Zweifel darüber obwalteten, ob der Angeklagte zwei oder drei Schüsse auf Erzberger abgegeben hat, steht die Anklage auf dem Standpunkt, daß die Zweifel durch den Befund der Waffe behoben sind. Von den fünf Schüssen der Revolverwurde nur zwei durch geladen, und eine andere Waffe hatte der Angeklagte nicht bei sich. Die Feststellungen über die Einzelheiten des Vorganges stimmen auch hiermit überein. Der Angeklagte ist im allgemeinen ostbairisch, beirreitet aber die Sängungsabsticht er habe eine Verwundung beabsichtigt, allerdings habe er nicht gesagt, daß die Verwundung auch tödlich verlaufen könne, was er dann als unvereinbar hätte in Kauf nehmen müssen. Durch die Ermittlungen hat sich nicht feststellen lassen, daß an dem Mordschlag noch andere Personen als Anstifter oder Mithelfer beteiligt wären. Der Angeklagte hat zu seiner Tat einen Neuoher Albrecht mit gewandt, mit dem sich vor einer Weile von Hannover der Bruder seines Vaters als Zeuge genommen hatte.

Von einem Enterte-Mato überfahren. Als er mit zwei französischen Offizieren besetztes Auto, das sehr schnell fuhr, Montag in Dresden-Neustadt einer Gefahr ausweichen wollte, fuhr es scharf rechts in die Straße Niedergaben hinein und überfuhr dabei einen jungen Mann, der einen Unterleibselbbruch erlitt. Es kam zu keinem Tode, nur eine Verwundung, die eine drohende Haltung annahm. Der eine Offizier wurde in das Krankenhaus, der andere in das Krankenhaus gebracht, und beide konnten, nachdem sie sich umgekleidet hatten, ihre Aufsuchtsstätte verlassen. Do sofort polizeilicher Schutz zur Stelle war, ereigneten sich weiter keine Vorfälle.

Erziehung. Um einer weiteren Verbreitung der Grippe vorzubeugen, sind alle Schulen bis zum 28. Februar geschlossen worden.

Elbing. Die Schiffsleute werden im Laufe dieser Woche die Arbeit nach der Einstellung neuer Arbeiter wieder aufnehmen.

Zwischen Haß und Liebe.

Womaz von Erich Reinken.

Die Nachbortochter — ein paar Gärtnerfamilien und Arbeiter, die in kleinen Häuschen verstreut wohnten, hielten Mr. Kingston zwar für einen Sonderling, verachteten aber, doch er nie verwehrt gewesen sei. Von einem Automobil oder ansonstenem Fremden hatte niemand etwas bemerkt. Es war ein freilich Freitag und die meisten Leute waren nicht daheim gewesen.

„Sollten wir uns doch getauft haben?“ sagte Wuchlan, dem der Schweiß auf die Stirn trat bei diesen Auskünften.

Wiegner schämte. Er machte sich im stillen Vorwürfe, daß seine Anfrage nur dahin gegangen war, ob Kingston in Karlsruhe gemeldet sei.

„Ich hätte ihn sofort unter Aufsicht stellen lassen sollen“, dachte er, ließ sich dann aber von dem Chauffeur beruhigen, der meinte, die andere Wagen habe offenbar nicht, wie er, den allernehmlichen, sondern einen bemerkenswerten Weg gewählt und seine Feder jedenfalls schon hier sein. Wuchlan mußte also warten.

Es wurde beschlossen, das Auto in der Stadt unterzubringen und die Behörde vorläufig noch nicht ins Vertrauen zu ziehen.

Wiegner, Wuchlan und Bobst Ziegler logierten sich in einem Arbeiterwohnheim an der Landstraße ein, von der aus man das Gartener der Villa im Auge behalten konnte. Vor dem nächsten Morgen sollte nichts unternommen werden, weshalb man sich zeitig an Bett legte.

Als Wiegner gegen sechs Uhr morgens sein hartes Bett verließ, klopfte Wuchlan schon ungeduldig an seine Tür.

„Ich habe kein Auge geschlossen“, sagte er, „und nicht eine Minute Ruhe gehabt — wollen wir nicht lieber gleich hindübergehen?“

„Sollen Sie etwas nachgesehen?“

„Nein! Nicht einen Augenblick! Auch das Haus drüben steht noch ein Stück mit feinem Giebel. Nichts ist zu sehen. Kein Raub ist noch offen — das kann mir nicht am meisten anfallen. Der Diebstahl war nicht so schlimm.“

„Es ist in noch sehr früh! Wir wollen nicht irrtücheln und dann hindübergehen!“

„Den Minuten später fanden sie am hölzernen Gartener, von dem sie rechts und links eine dicke Decke verhängten. Die Hühnerkäufe und den großen Garten zog. In ihrem Entkommen war das Tor nicht versperrt. Angehendert betreten sie den Garten, der wußt und vernachlässigt auslief. Nichts ergab sich. Haus und Garten schienen nie aufgeföhren.“

„Sollt er nicht ein wenig unruhig. Er wollte eben etwas sagen, als sie beide sich zumarmen.“

Bobst, der es vorgezogen hatte, an der Rückseite des Anwesens die Decke einfach zu überbleiben, hatte einen gelenden Schrei ausgehoben. Jetzt erwiderte er schredensbleich an der linken Hausseite und wollte Wiegner häufig heranziehen.

„Hier ist etwas geföhren...“ sammelte er, auf den Kadaver eines großen Neufähränders wiesend, der knapp vor der Hintertür der Villa im Sande lag. „Ein Einbruch oder sonst etwas... Die Handtücher ist nur ausgeleert...“

„Kann man dem nächsten Nachbarn?“ befragte Wiegner, nachdem er einen Blick auf den Hund geworfen hatte und ebenfalls bleich geworden war. „Wir sind in einem fremden Lande und ich bin ohne offizielle Beglaubigung hier. Wir dürfen das Haus keinesfalls allein betreten.“

„Der Hund hier wurde vergiftet.“

Bobst verstand.

„Denne Minuten verstrichen. Beide Männer waren tief beirrt, aber keiner mochte noch Vermutungen auszusprechen. Endlich ergriffen ein Schwänmm. Wiegner gab sich nun als Detektiv zu erkennen und teilte in kurzen Worten mit, daß sie hier seien, weil Gründe vorlägen für die Annahme, Mr. Kingston sei ein von der Wäner Polizei gefasener Verbrecher. Dann betreten sie die Villa durch die nur angelegte Haustür.“

Die erste Tür, die man öffnete, enthielt eine Bild prauenhölzerne Vermählung. Umgefahrte Stühle, zerlegene Nippkästen, aufgeschene Läden und offenliegende Schränke, deren Inhalt nur durcheinander am Boden lag, wußten man nicht.

Und so war es in jedem der vier möblierten Zimmer. Die übrigen Räume des Hauses waren überhaupt nicht abgesehen. Das Bett des Säubstern war zerwühlt und wies Fußstapfen auf.

Wuchlan erlebte, als er es sah, und er mußte sich an die Wand lehnen, so sehr übermannte ihn der Schreck. Er dachte an die Leichen, die hier geföhren? Weßen Blut trankte diese Kissen? Sein Bild lag verflucht auf Wiegner.“

Über dieser Schien es nicht zu bemerken. Aufmerksamkeit betradete er die Vermählung ringsum, spähte in alle Ecken, hinter jeden Schrank und jedes Möbel. Sein Gesicht war unerschrocken, wie eine Waise von Stein. Inletzt verstand er und äußerte draußen herum.

Der Schwänmm hatte unterdessen Ziegler am Bett an die Stadt geschickt.

Nach einer halben Stunde erschien eine Kommission, die den Tatbestand mit großer Genauigkeit feststellte. Es schien unerschrocken, daß hier ein Einbruch stattgefunden hatte, daß von Dier und Dier das Leben verloren hatten, denn von beiden war keine Spur zu finden.

Eingehende Nachforschungen in der Nachbarschaft ergaben, daß man den Dieren gestern morgen zum letzten Male gesehen hatte. Was der Herr anlangte, so man genen nur, aber wirklich gesehen hatte man ihn schon viel länger Zeit nicht.

Seine Anwesenheit wurde nur an den unveränderten Besenbühnen des Dieners, der Anwesenheit des Hundes und dem Umstand geschlossen, daß ihn niemand hatte gesehen sehen. Der Hund war von den Hausmännern offenbar vergiftet worden, um leichter in das Haus dringen zu können. Die beiden Leichen hatte man wahrscheinlich fortgeschickt und irgendwo vergraben.

„Was?“ warf Wiegner, der bis dahin schweigen zurückgekehrt hatte, plötzlich ein. „Warum sollten sich Leute, die auf solche Mordtaten bedacht sein mußten, die umwänte Wäner gemacht haben?“

Fortsetzung folgt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betrifft: Aufstellung der Landbeschäler im Jahre 1920.

Zur Benutzung seitens der Herren Herbespäher sind im hiesigen Kreis von Ende Februar ab eine Mitte Juli d. J. an der Dekanation Dinesch 3 u. am der Dekanation Dinesch 4 Beschäler des Preussisch-Sächsischen Landgüterkreuzes B. Halle a. S. aufgestellt worden. Für die Benutzung der Landbeschäler sind die in der öffentlichen Ausschreibung an den Dineschen landbesitzenden Bewohnungen maßgebend. Nach-folgende wird noch bemerkt:

- 1) Die Nationale der Beschäler unter Angabe der Dekanation werden im Stall der Dreifelle ausgehängt.
- 2) Sturen, welche alt, schwach, mit Erbfehlern befallen, an Traufe oder sonstigen anstehenden Krantheiten leiden oder aus Dines sind, in denen anstehende Krantheiten herrschen oder unläufig geherzt haben, dürfen den Beschälern nicht ausgeführt werden.
- 3) Es ist in den nächsten Jahren, als Folge des Krieges und der Bestimmungen des Friedensvertrages mit einem großen Mangel an Pferden zu rechnen und es wird besonders darauf hingewiesen, daß es im vaterländischen Interesse erwünscht und in wirtschaftlicher Hinsicht geboten ist, möglichst alle Stuten, die sich zur Zucht eignen, den Querslingen zuzuföhren.

W i e s e n s, den 12. Februar 1920.

Der Landrat. Wartels.

Conzert- und Ballhaus „Norddeutscher Hof“

Sonntag von nachm. 4 Uhr an

Grosser Eröffnungs-Ball .. Neueste Tänze! Spiegelglattes Parkett!

Hierzu sowie zu ff. Speisen und Getränken ladet freundlichst ein

Richard Meinhard.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nach Mitteilung des Sekretärs des vereinigten Reichs-
Anwaltsrat Halle-Weißenberg wird wegen der zunehmenden
Lerung der seit bei den Unversitätskassen zur Ver-
bung kommende Teile ungeschädigt zu den geltenden Sätzen
für Kur und Bezahlung, sowie diese nicht unrichtig fest-
gelegt sind, vom 1. Februar d. J. ab täglich wie folgt fest-
gelegt:

in der III. Klasse auf 4 50 Mk.

II „ „ 7 00

I „ „ 10 00

Bei alle besonders berechneten Nebenkosten für Kost-
genbehandlung wird vom gleichen Zeitpunkt ab ein Zuschlag
von 50% erhoben.

Weißenberg, den 14. Februar 1920.

Der Landrat. A. H. Heber, Kreis-Verordn.

Steuerzahlung für Januar-März 1920.

Die mit der Zahlung für Januar/März d. J. noch im
Rückstand befindlichen Steuerpflichtigen werden hierdurch auf-
gefordert, die Steuerzahlungen spätestens bis 23. Februar d.
J. an die hiesige Stadtkasse zu zahlen oder kostenlos
einzulösen.

Diese Aufforderung ersetzt die vorgeschriebene
Mahnung. Bei Nichtzahlung des vorgeschriebenen Zer-
weises erfolgt ohne weiteres die sofortige Zwangsver-
sicherung (Pfändung).

Leuchter, den 17. Februar 1920.

Der Magistrat. Zimmermann.

Anordnung

Auf Grund der Verordnung über den Ausnahmestunden
vom 18. Januar 1920 und der Zulassungsverfügung des Reichs-
wehramtlers vom 13. Januar 1920 wird bestimmt:

§ 1. Jeder deutsche Reichsangehörige, welcher die Grenze
zwischen dem oberschlesischen Bestimmungen und dem ob-
erschlesischen Gebiet überschreitet, hat, d. h. dort eines von der
zuständigen Behörde ausgestellten Passes.

Für Ausländer, die im Deutschen Reich ihre Wohnsitz
haben, genügt der von ihrer Vertretungsbehörde ausgestellte
Pass, falls die Berechtigung der Aufenthalt am angegebenen
Ort nicht anfallen. Für alle anderen Ausländer gelten die all-
gemeinen Bestimmungen.

§ 2. Diese Anordnung tritt mit dem 30. Januar 1920
in Kraft.

Breslau, den 24. Jan. 1920.

Der Kommandierende General. v. Friedeburg, Generalkommandant.
Der Regierungskommissar. Voigt.

Achtung!

Schuhwaren

Donnerstag, d. 19. bis Freitag, den 20. Februar
steht im Gasthof „Grüner Baum“, Bismarckstr. 30 von mor-
gens 9 Uhr ab abends 7 Uhr ein **großes Schuhwaren**
zum Verkauf. Herren-, Damen-, Kinder- sowie Konfir-
manden-Schuhe zu billigen Tagespreisen.

Schuhmacher Arthur Rindner.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Nur 2 Tage. Nur 2 Tage.
Donnerstag d. 19., Freitag d. 20. Febr.

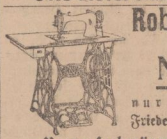
Die Arche 1. Teil oder Das Todes-Schiff

7 hervorragende Akte nach dem gleichnamigen Roman von
Werner Scheff.
Der Durchgang der Erde durch den mit Koh-
lenoxyd gefüllten Schweif des bündischen
Kometen am 4. August 5 Uhr nachm.

Getrennte Vorstellungen 1/6 u. 1/9 Uhr
1. Platz im Vorwerk. Zinnorgelbegleitung

Zement

empfehlen
Herrn. Grefse.
**Preislisten
sowie Platzkarten**
zu haben bei
Otto Lieferenz.



Rob. Gäbler, Teuchern
officiell
Nähmaschinen
nur erstklassige deutsche Fabrikat.
Freiwilligführung, langjährige Garantie.
Eigene sachmännliche Reparatur-Werkstatt

Das Betreten meiner Wiese in Flur Gräben und die Benutzung derselben als Sportplatz wird hiermit verboten.

Gegen Zuwiderhandelnde wird unna-
hsichtlich vorgegangen.

(*) **D. Erfurth.**

Oeffentlicher Unterhaltungsabend

veranstaltet vom **Verein der Fortbildungsschüler** am
Sonntag, den 28. Februar
abends 7/8 Uhr im „Norddeutschen Hof“

1. Teil.
Musikalische Darbietungen.

a) Ouverture zu der Oper **Mohammed** von Fr. Schubert.
(Klavier und Harmonium)

b) Lieder zur Laute.

2. Teil.
Aufführung: **Robert und Bertram**
humoristisches Schauspiel in drei Aufzügen.

Eintrittspreis 1 25 Mk., an der Kasse 1 50 Mk.
Der Vorstand.

Norddeutscher Hof, Teuchern.

Sonntag, den 21. Februar 1920, abends 8 Uhr
Schauspiel der **Leipziger Freien Bühne**
Berechnetes Schauspielensemble. Nur einmalige Auffüh-
rung.

Ich lasse Dich nicht.

Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman v. Coats Waller.
Nachmittag 4 Uhr **grosse Kindervorstellung**
Prinzessin Marzipan.

Familienabend.

Donnerstag, d. 19. Febr. abends 7/8 Uhr
im Saale des „Löwen“ Vortrag v. Seminar-Direktor
Lehmann Raschik aus Ascherleben.

„Art und Geist unserer künftigen Schulen“
Alle, die auch für die Zukunft eine christliche Er-
ziehung der Jugend in der Schule wünschen, sind herz-
lich eingeladen. Eintritt frei. Freie Ansprache.

Gasthof zum „Grünen Baum.“

Sonntag, d. 22. Febr. von nachm.
4 Uhr an

grosse Ballmusik.

Hierzu ladet freundlichst ein
der Wirt.

Achtung Schortau.

Sonntag, d. 22. Februar nachm. 4 Uhr

Grosse Ballmusik

Wozu freundlichst einladet
W. Meisel.

Vereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender Teuchern.

Freitag, den 20. Februar abends 7 1/2 Uhr im „Bertholds Gastwirtschaft“
Vortrag des Amtsekretärs E. Müller-Halla über
Das Reichsnotopfer u. d. neue Warenumsatzsteuergesetz.
Gäste können eingeführt werden. Frauen sind willkommen. Zur Deckung der
Unkosten wird Eintrittsgeld erhoben. Zahlreicher Besuch erbeten.
Der Vorstand.

Unter-Werschen.

Freitag, den 20. Februar

: Grosses Konzert :

ausgeführt vom Stadtorchester Hohenmölsen.
Anfang 7 Uhr. — Nach dem Konzert

BALL.

Ergebenst laden ein
H. Schilling **E. Heyme.**

Arbeitsnachweis Teuchern.

Freie Stellen für:
Mädchen, 4 8 mm kleine, 2
Fäden, 1 Ostpreußen, 1 Oster-
mäder, 1 Hausmädchen, 1
Pädagogin v. Schule, Knecht,
jüngeren Antiker, freiesch.
Bdner, Gärtnerarbeiten,
Blätterin, Koppel, etc., all in
Knecht.

Stellen suchen:
Arbeiter und Arbeiterinnen
Dienjungen von auswärts.

Gefangenverein Einigkeit

Freitag, den 20. Febr.
7 1/2 Uhr

Probe

im Gasthof zum Löwen. Das
Ergebnis aller Mitglieder
dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Tüchtige Arbeiter

nimmt an
Max Bühler,
Stein- u. Holzstr.

Mädchen

nicht unter 17 Jahren zum
1. März gesucht
Frau J. Schulz,
Markt 19.

Stellmacher- Lehrling

sucht **Otto Saune,**
Bogenbauer
Gröbzig bei Peitzitz

Konfirmationsbluse

wie neu, zu verkaufen
Gartenstr. 14.

Graue Gans

abhanden gekommen. Gegen
Belohnung abzugeben
Probstei 4

Junges Praktikant sucht

in der Nähe der Stadt von
Boß vom 1. April 1920 an
Wohnung

mit voller Pension. Offerten
unter **H. E. 50** an die
Geschäftsstelle.

Papierwäsche

empfehlen **Otto Lieferenz.**

Postkarten

Briefumschläge
Briefbogen
Rechnungen
Quittungen

empfehlen
Otto Lieferenz
Teuchern.

Für die uns anläs-
lich unserer
Silberhochzeit
dargebrachten Glück-
wünsche und Geschenke
danken herzlich
Herrn Näther u. Frau
Anna geb. Lippert.
Teuchern, d. Febr. 20.

Für die zahlreichen
Blumen- und Geldspen-
den beim Tode unserer
kleinen
Gertrud
sagen wir allen Gubern
unseren herzlichsten
Dank.
Teuchern, d. 17. 2. 20.
Familie Schließ.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.



